



Europäischer Rat

Der Präsident

ANSPRACHE

EUCO 167/14

PRESSE 453

PR PCE 147

Brüssel, den 30. August 2014

Ansprache von Präsident Herman Van Rompuy im Anschluss an die Sondertagung des Europäischen Rates

Heute Abend haben wir unsere Beratungen über die drängendsten internationalen Angelegenheiten fortgesetzt. Es war ein dramatischer Sommer, in zu vieler Hinsicht.

Zunächst haben wir eingehend über die Lage in der Ukraine und mögliche Reaktionen auf die jüngsten Ereignisse beraten. In den letzten drei Tagen ist die Situation auf dramatische Weise eskaliert, wie Präsident Poroschenko uns im Einzelnen erläutert hat. Alle Anstrengungen müssen nun darauf ausgerichtet sein, das Blutvergießen zu beenden und das Schlimmste zu verhindern.

Der Europäische Rat ist zutiefst besorgt über die heftigen Kampfhandlungen, den Zustrom von Kämpfern und Waffen aus Russland in die Ostukraine und die Präsenz und das Vorgehen russischer Streitkräfte auf ukrainischem Boden.

Ende Juli hatten wir bereits schwere Sanktionen verhängt, die sogenannten Sanktionen der Stufe 3, die deutlich sichtbare Auswirkungen auf die russische Wirtschaft haben.

Der Europäische Rat erklärt, dass er bereit ist, vor dem Hintergrund der Entwicklung der Lage vor Ort weitere energische Schritte zu unternehmen, und er ersucht die Kommission, dringend gemeinsam mit dem Auswärtigen Dienst Vorbereitungsarbeiten durchzuführen und binnen einer Woche Vorschläge zur weiteren Beratung vorzulegen.

Wir haben uns auch mit der Lage im Nahen Osten befasst, die sich ebenfalls zum Schlechten gewendet hat. In Libyen, in Syrien, in Gaza – all dies waren Fragen, die heute erörtert wurden. Aber lassen Sie mich insbesondere auf Irak und die Gräueltaten zu sprechen kommen, die dort im Namen des sogenannten Islamischen Staates verübt werden.

Die Instabilität und die Gewalt könnten zum Auseinanderbrechen der Region führen und sich noch weiter ausbreiten. Bei den internationalen Bemühungen, dieser Bedrohung Einhalt zu gebieten, wird die Union ihren Beitrag leisten. Wir sind entschlossen, humanitäre Unterstützung zu leisten. Einige Mitgliedstaaten liefern Irak militärisches Material, und die Europäische Union unterstützt diese Entscheidung.

Nun fordern wir die Außenminister auf, schärfere Sanktionen gegen die Organisation ISIL ins Auge zu fassen, um insbesondere zu verhindern, dass sie von unerlaubten Erdölverkäufen profitiert.

Auch in unseren Ländern muss die Bekämpfung der Radikalisierung oberste Priorität haben. Wir haben vereinbart, Maßnahmen zu beschleunigen, um den Zustrom ausländischer Kämpfer zu stoppen; hierzu gehört auch ein EU-weites System der Fluggastdatensätze. Wir werden im Dezember darauf zurückkommen.

Schließlich haben wir auch über die Wirtschaft gesprochen. Die Lage gibt Anlass zu großer Besorgnis.

In den letzten Wochen haben die Wirtschaftsdaten bestätigt, dass die wirtschaftliche Erholung, insbesondere im Euro-Währungsgebiet, schwach, die Inflation außergewöhnlich niedrig und die Arbeitslosigkeit unannehmbar hoch ist. Der Europäische Rat erinnert an seine Schlussfolgerungen vom 27. Juni 2014 zum Europäischen Semester und daran, dass er sich auf eine strategische Agenda verständigt hat, bei der ein wichtiger Schwerpunkt auf Arbeitsplätzen, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit liegt. Der Europäische Rat fordert rasche Fortschritte bei der Umsetzung dieser Orientierungen.

Im Hinblick darauf fordert er den Rat der Finanzminister auf, die sozioökonomische Lage zu bewerten und unverzüglich die Arbeit zu diesen Fragen aufzunehmen. Der Europäische Rat begrüßt auch, dass die italienische Regierung plant, im Oktober eine Konferenz auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs zum Thema Beschäftigung, insbesondere zum Thema Beschäftigung junger Menschen, zu veranstalten, die an die Konferenzen in Berlin und Paris anschließt. Im Herbst wird sich der Europäische Rat ebenfalls mit der Wirtschaftslage befassen, und es wird ein spezieller Euro-Gipfel hierzu einberufen.
